

**Antrag 157/I/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung AK und Streiche Adressaten BPT (Konsens)****Intersektionale Aufarbeitung anlässlich 35 Jahre Mauerfall: Das Schicksal der sogenannten Vertragsarbeiter\*innen in der DDR endlich anerkennen**

1 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen  
 2 aus der DDR in die BRD, entstand in den 1960er Jah-  
 3 ren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967  
 4 und 1986 wurden daraufhin Abkommen zur „Ausbildung  
 5 und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“ zwischen  
 6 der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaa-  
 7 ten“, wie Algerien, Mosambik, Angola, China, Kuba, Viet-  
 8 nam, Ungarn und Polen abgeschlossen.  
 9  
 10 Die Situation der sogenannten Vertragsarbeiter\*innen in  
 11 der DDR war enorm prekär: Arbeiter\*innen lebten auf sehr  
 12 engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und  
 13 waren sowohl im Betrieb als auch im Alltag vom Rest der  
 14 Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und ausgeschlos-  
 15 sen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von  
 16 zwei bis fünf Jahren begrenzt, der Nachzug von Famili-  
 17 enangehörigen war fast ausnahmslos verboten. Wurden  
 18 Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine  
 19 direkte Abschiebung, andernfalls wurden sie zu Schwan-  
 20 gerschaftsabbrüchen gedrängt.  
 21  
 22 Imperialistische Vorbehalte der damaligen Außenpolitik  
 23 der DDR können am Beispiel der Vertragsarbeitenden aus  
 24 Mosambik demonstriert werden, denn hier gab es eine  
 25 vertragliche Zusatzregel, nach der die DDR bis zu 60%  
 26 des Lohns der Arbeiter\*innen einbehält, um angebliche  
 27 Schulden des Staates Mosambik zu begleichen. Dieser Be-  
 28 trag sollte, so das Versprechen, den Mosambikane\*innen  
 29 in ihrer Heimat zugutekommen, doch diese Auszahlung  
 30 fand bis heute nicht statt. Bis heute kämpfen die ehema-  
 31 ligen Vertragsarbeitenden um den fehlenden Lohn, Akti-  
 32 vist\*innen gehen von einer Summe von umgerechnet über  
 33 600 Millionen Euro aus, die den Arbeiter\*innen zusteht.  
 34 Auch Rentenansprüche, die eigentlich in das mosambika-  
 35 nische Rentensystem überführt werden sollten, sind bis  
 36 heute ungeklärt. Viele der zurückgekehrten Mosambika-  
 37 ner\*innen leben bis heute in prekären Verhältnissen und  
 38 werden in Mosambik als „Madgermanes“ diffamiert.  
 39  
 40 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für  
 41 viele Vertragsarbeitende, die mit geringen Abfindun-  
 42 gen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wur-  
 43 den. Die gleichen Menschen, die sich in Deutschland ein  
 44 Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an DDR-  
 45 Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun wei-  
 46 ter um ihre Existenzen und ihre Daseinsberechtigung  
 47 kämpfen. Trotz der Herausforderungen entschieden sich

- Überweisung an Landesgruppe Berlin im BT

Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in den 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden daraufhin Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“ zwischen der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien, Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam, Ungarn und Polen abgeschlossen.

Die Situation der sogenannten Vertragsarbeiter\*innen in der DDR war enorm prekär: Arbeiter\*innen lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren sowohl im Betrieb als auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und ausgeschlossen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von zwei bis fünf Jahren begrenzt, der Nachzug von Familienangehörigen war fast ausnahmslos verboten. Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine direkte Abschiebung, andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen gedrängt.

Imperialistische Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden, denn hier gab es eine vertragliche Zusatzregel, nach der die DDR bis zu 60% des Lohns der Arbeiter\*innen einbehält, um angebliche Schulden des Staates Mosambik zu begleichen. Dieser Betrag sollte, so das Versprechen, den Mosambikane\*innen in ihrer Heimat zugutekommen, doch diese Auszahlung fand bis heute nicht statt. Bis heute kämpfen die ehemaligen Vertragsarbeitenden um den fehlenden Lohn, Aktivist\*innen gehen von einer Summe von umgerechnet über 600 Millionen Euro aus, die den Arbeiter\*innen zusteht. Auch Rentenansprüche, die eigentlich in das mosambikanische Rentensystem überführt werden sollten, sind bis heute ungeklärt. Viele der zurückgekehrten Mosambikane\*innen leben bis heute in prekären Verhältnissen und werden in Mosambik als „Madgermanes“ diffamiert.

Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für viele Vertragsarbeitende, die mit geringen Abfindungen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wurden. Die gleichen Menschen, die sich in Deutschland ein Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an DDR-Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun wei-

48 20.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen, in Deutsch-  
 49 land zu bleiben. Oftmals aufgrund fehlender Alternati-  
 50 ven gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen, dar-  
 51 unter Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997  
 52 wurde ihnen ein sicherer Aufenthaltsstatus gewährte. Der  
 53 Fall der Familie Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres Einsatzes  
 54 ihr Leben in Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham  
 55 Phi Son kam 1987 als Vertragsarbeiter in die DDR und  
 56 erhielt im Jahr 2011 eine unbefristete Niederlassungser-  
 57 laubnis in Deutschland. Im Jahr 2015 heiratete er in Viet-  
 58 nam, und seit 2016 lebt seine Frau Hoa Nguyễn mit ihm in  
 59 Deutschland, wo 2017 ihre Tochter Emilia geboren wurde.  
 60 Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch die erlaubte Aus-  
 61 landsaufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen  
 62 neunmonatigen Aufenthalt in Vietnam, wo er sich wegen  
 63 einer Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima  
 64 verschlimmert hatte, stationär behandeln lassen musste.  
 65 Diese Überschreitung führte dazu, dass ihm die Chemnit-  
 66 zener Ausländerbehörde sämtliche Aufenthaltsrechte ent-  
 67 zog. Pham legte gegen diese Entscheidung Einspruch ein,  
 68 unterlag jedoch vor Gericht. Trotz zweier Entscheidungen  
 69 der Härtefallkommission gegen ihn in den Jahren 2018  
 70 und 2023, soll sich die Kommission nun ein drittes Mal mit  
 71 seinem Fall befassen.

72

73 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung  
 74 eine Zäsur. Schon in der DDR waren Vertragsarbeiter\*innen  
 75 mit gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus konfrontiert,  
 76 der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch  
 77 von der DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung  
 78 in den 90er-Jahren, war rechte Gewalt Alltag für migrantisierte  
 79 Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus schutzlos ausgeliefert  
 80 waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch Thiendorf,  
 81 Freital, und Tambach-Dietharz sind nur einige Beispiele für  
 82 rechtsextreme Anschlagorte.

83

84  
 85 **Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiter\*innen  
 86 in der DDR ist bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet,  
 87 deshalb fordern wir:**

- 88 • Den Vertragsarbeiter\*innen, die nach der Wiedervereinigung  
 89 in Deutschland geblieben sind, sollte eine dauerhafte und  
 90 planungssichere Option zum Verbleib, wie die Staatsbürgerschaft,  
 91 ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham zu  
 92 verhindern.
- 93 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen umgehend  
 94 an die ehemaligen Vertragsarbeiter\*innen oder ihre Angehörigen  
 95 ausgezahlt werden
- 96 • Anerkennung der Ausbeutung der Arbeiter\*innen durch die  
 97 DDR
- 98 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl  
 99 der in Deutschland beschäftigten Vertrags-
- 100

ter um ihre Existenzen und ihre Daseinsberechtigung kämpfen.  
 Trotz der Herausforderungen entschieden sich 20.000 Vietnamesinnen  
 und Vietnamesen, in Deutschland zu bleiben. Oftmals aufgrund  
 fehlender Alternativen gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen,  
 darunter Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997 wurde  
 ihnen ein sicherer Aufenthaltsstatus gewährte. Der Fall der Familie  
 Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres Einsatzes ihr Leben in  
 Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham Phi Son kam 1987 als  
 Vertragsarbeiter in die DDR und erhielt im Jahr 2011 eine  
 unbefristete Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Im Jahr  
 2015 heiratete er in Vietnam, und seit 2016 lebt seine Frau  
 Hoa Nguyễn mit ihm in Deutschland, wo 2017 ihre Tochter  
 Emilia geboren wurde. Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch  
 die erlaubte Aufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen  
 neunmonatigen Aufenthalt in Vietnam, wo er sich wegen einer  
 Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima verschlimmert  
 hatte, stationär behandeln lassen musste. Diese Überschreitung  
 führte dazu, dass ihm die Chemnitzener Ausländerbehörde  
 sämtliche Aufenthaltsrechte entzog. Pham legte gegen diese  
 Entscheidung Einspruch ein, unterlag jedoch vor Gericht. Trotz  
 zweier Entscheidungen der Härtefallkommission gegen ihn in  
 den Jahren 2018 und 2023, soll sich die Kommission nun ein  
 drittes Mal mit seinem Fall befassen.

Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung  
 eine Zäsur. Schon in der DDR waren Vertragsarbeiter\*innen mit  
 gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus konfrontiert,  
 der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von  
 der DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung  
 in den 90er-Jahren, war rechte Gewalt Alltag für migrantisierte  
 Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus schutzlos  
 ausgeliefert waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber  
 auch Thiendorf, Freital, und Tambach-Dietharz sind nur einige  
 Beispiele für rechtsextreme Anschlagorte.

**Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiter\*innen  
 in der DDR ist bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet,  
 deshalb fordern wir:**

- Den Vertragsarbeiter\*innen, die nach der Wiedervereinigung  
 in Deutschland geblieben sind, sollte eine dauerhafte und  
 planungssichere Option zum Verbleib, wie die Staatsbürgerschaft,  
 ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham zu  
 verhindern.
- Die fehlenden Rentenansprüche müssen umgehend an die  
 ehemaligen Vertragsarbeiter\*innen oder ihre Angehörigen  
 ausgezahlt werden
- Anerkennung der Ausbeutung der Arbeiter\*innen durch die  
 DDR

101 arbeiter\*innen und ihre Lebenssituationen, auch in  
102 Mosambik und anderen Herkunftsländern.  
103 • Ehemalige Wohnheime wie in Pankow sollten nach  
104 der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht verlieren  
105 und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Ta-  
106 feln, Wandgestaltung an ihre ehemaligen Bewoh-  
107 ner\*innen erkennen.  
108 • intersektionales Gedenken an das Mauerfall-  
109 Jubiläum, welches auch die Perspektive der ehe-  
110 maligen Vertragsarbeitenden beleuchtet und  
111 Zeitzeug\*innen verschiedener Gruppen zu Wort  
112 kommen lässt  
113  
114  
115

- Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl der in Deutschland beschäftigten Vertragsarbeiter\*innen und ihre Lebenssituationen, auch in Mosambik und anderen Herkunftsländern.
- Ehemalige Wohnheime wie in Pankow sollten nach der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht verlieren und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Tafeln, Wandgestaltung an ihre ehemaligen Bewohner\*innen erkennen.
- intersektionales Gedenken an das Mauerfall-Jubiläum, welches auch die Perspektive der ehemaligen Vertragsarbeitenden beleuchtet und Zeitzeug\*innen verschiedener Gruppen zu Wort kommen lässt